



FDP-Fraktion | 25.07.2005 - 02:00

HAPPACH-KASAN: Geplante Feldzerstörung ist ein Eigentumsdelikt - Bundesministerin Künast muss sich distanzieren

BERLIN. In einem an die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft gerichteten Schreiben fordert die Gentechnik-Expertin der FDP-Bundestagsfraktion, Christel HAPPACH-KASAN, Ministerin Renate Künast auf, sich von den Gentechnik-Gegnern zu distanzieren, die die Zerstörung eines Mais-Feldes in Hohenstein, in der Nähe von Berlin beabsichtigen. Das Feld ist mit Bt-Mais bestellt, einer gentechnisch veränderten Maissorte, die resistent gegen den Befall des Maiszünslers ist. Dieses Schadinsekt hatte im vergangenen Jahr schwere Verluste verursacht. Hier der Brief im genauen Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Künast,

auf der Internetseite www.gendreck-weg.de [1] wird seit mehreren Wochen für eine Aktion in Strausberg gegen die Grünen Gentechnik geworben. Das Logo der Veranstalter hat die Inschrift: "Gendreck weg! - Freiwillige Feldbefreiung". Die ursprünglich auf der Internetseite vorhandenen Aufforderungen zur Begehung einer Straftat sind inzwischen aufgrund der Androhung einer Strafanzeige unkenntlich gemacht worden. Die Veranstalter weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Veranstaltung auf jeden Fall stattfinden werde.

Ich fordere Sie als federführend zuständige Ministerin in der Bundesregierung für den Bereich der Grünen Gentechnik auf, sich von der Aktion "Gendreck weg! Freiwillige Feldbefreiung" zu distanzieren, wie dies bereits der Agrar- und Umweltminister von Brandenburg, Dietmar Woidtke, getan hat. Er hat die "Zerstörung eines Feldes mit Genmais als Tiefpunkt der Auseinandersetzung um die "Agro-Gentechnik" bewertet. Er stellt heraus, dass Gentechnikgegner, die sich an der Aktion beteiligen, "sich damit ins gesellschaftliche Abseits" stellen.

Unter der Überschrift "Es droht Gefahr" werden Falschaussagen verbreitet. Es wird behauptet, dass jahrelang der in Europa nicht zugelassene Bt-10-Mais nach Europa eingeführt wurde. Die Anhörung im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat ergeben, dass nicht feststeht, ob überhaupt Bt-10-Mais nach Europa gelangt ist. Seit 2003 ist garantiert kein Bt-10-Mais nach Europa importiert worden. Alle Sachverständigen sahen keinerlei Gefährdung durch diese Mais-Linie. Es wird behauptet, dass eine Koexistenz zwischen gentechnisch veränderte Organismen (GVO) und herkömmlich gezüchteten Lebensmitteln nicht möglich sei. Die Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller e. V., in der 50 mittelständische Unternehmen von ökologischen Lebensmitteln organisiert sind, weist in ihrem gerade vorgestellten Lagebericht darauf hin, dass Koexistenz möglich ist. Der Verband verweist als Beleg für diese These auf das Beispiel der USA. 59 Prozent der weltweit mit GVO bestellten Flächen liegen in den USA, gleichzeitig haben dort Öko-Produkte einen großen Markt. Bt-Mais ist resistent gegen den Befall mit dem Maiszünsler und kann dadurch in den vom Befall betroffenen Gebieten den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mindern und die Minderung des Ertrages vermeiden helfen.

Sehr geehrte Frau Künast, in diesem Jahr wird erstmalig in Deutschland Bt-Mais von Landwirten angebaut, ohne dass mit dem Anbau ein Forschungsziel verbunden wird. Der Probeanbau im vergangenen Jahr ist zur Zufriedenheit aller abgelaufen und hat bestätigt, dass Koexistenz möglich ist. Der landwirtschaftliche Anbau aller in der EU zugelassener Sorten muss in Deutschland möglich sein. Es ist unerträglich, wenn Landwirte durch den Anbau bestimmter Sorten gewärtigen müssen, dass ihre Felder zerstört werden.

In der von mir erwähnten Initiative sind insbesondere Menschen unterschiedlicher Berufsgruppen aus Süddeutschland aktiv. Sie richten ihre Aktion gegen den Anbau von Bt-Mais in Brandenburg. Statt Feldbefreiung müssten diese Menschen ihre Aktion "Felderoberung" nennen. Ich bitte Sie daher herzlich, als Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass Aktionen gegen den in Deutschland legalen Anbau von GVO von Ihnen als mit dem Rechtsstaat nicht vereinbar angesehen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Christel Happach-Kasan

Susanne Bühler

Telefon: (030) 227-52378

pressestelle@fdp-bundestag.de [2]

Quell-URL:<https://www.liberale.de/content/happach-kasan-geplante-feldzerstoerung-ist-ein-eigentumsdelikt-bundesministerin-kuenast-mu-0#comment-0>

Links

[1] <http://www.gendreck-weg.de> [2] <mailto:pressestelle@fdp-bundestag.de>